



Große Kreisstadt Bretten - Gemeinderatsfraktion

Otto Mansdörfer, Hohkreuzstr. 5, 75015 Bretten



Otto Mansdörfer (Vorsitz)
Dr. Ute Kratzmeier
Harald Müller

Stellungnahme der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN zum Haushalt der Großen Kreisstadt Bretten für das Jahr 2019

Bretten, 26. Februar 2019

Dr. Ute Kratzmeier

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,
werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats,
liebe Zuhörerinnen und Zuhörer,

heute beschließen wir den Haushalt der Stadt für das Jahr 2019. Es ist der letzte Haushalt dieser Legislaturperiode. In diesem klingt manches bekannt, einiges ist aber auch substanzial anders als in den Vorjahren.

Allgemeine Würdigung

Seit Jahren werden Schulden konsequent abgebaut. Zwar wird eine theoretische Netto-Neuverschuldung immer ins Gespräch gebracht, seit 2011 wurde sie aber nie realisiert. Auch in diesem Jahr ist sie vorgesehen, die Liquidität wird laut Plan am Ende des Haushaltsjahres bei nahezu Null sein. Die Betonung liegt einmal mehr auf "Plan". Denn allein schon aufgrund der personellen Unterbesetzung in den technischen Ämtern wird es nicht zu einem echten Liquiditätsengpass zu kommen. Und auch eine Netto-Neuverschuldung wird uns wohl erspart bleiben.

Nicht benötigte Finanzmittel und ein Abbau von Schulden klingen gut und sind einerseits auch gut, beinhalten aber auch die Kehrseite nicht umgesetzter Investitionen und Aufgaben. Die im Haushalt 2019 vorgesehenen Erhöhungen im Bereich des Personals von rund 1,8 Millionen € tragen wir mit, haben wir doch in großer Übereinstimmung mit den anderen Fraktionen die Aufstockung vor allem im Amt Technik und Umwelt sowie im Ordnungsamt immer wieder gefordert. Das Mehr an Personal wird es ermöglichen, einen höheren Anteil an Vorhaben umzusetzen, die wir uns gemeinsam vorgenommen haben und dies ist ein wesentlicher Unterschied zur Ausgangslage im Vergleich zu vorherigen Haushalten. Hoffen wir, dass wir die neuen Mitarbeiter*innen auch einstellen können!

Für uns GRÜNE ist es wichtig, dass Bretten sich nicht nur im Bereich der Digitalisierung als „Zukunftskommune“ versteht, sondern ebenso beim Umgang mit dem Klimawandel, dem Natur- und Artenschutz und dem sozialen Zusammenhalt. Die mit diesen Themen verbundenen Herausforderungen müssen wir entschlossen angehen.

"Die Schwierigkeit liegt nicht so sehr in der Entwicklung neuer Ideen, sondern in der Verabschiedung der alten".

Dieses Zitat hat die Verwaltung unseren diesjährigen Unterlagen für die Haushaltsklausur vorangestellt. Ich habe mich persönlich sehr gefreut, dass hier ein Zitat von John Maynard Keynes ausgewählt wurde, ein Ökonom, der die Bedeutung einer aktiven staatlichen Gestaltung des wirtschaftlichen Geschehens innerhalb eines durchaus liberalen Ordnungsrahmens betonte. Und gerade ein Kommunalhaushalt macht sehr plastisch, dass das konkrete Leben, ökonomisch, sozial, kulturell, gestaltet werden muss und kann.

Dabei sind die im Zitat angesprochenen „neuen Ideen“ angesichts der skizzierten ökologischen Entwicklungen absolut notwendig, auch auf kommunaler Ebene.

Wir wissen es schon länger und spüren es nun auch vor Ort, dass vieles, an das wir gewohnt sind, woran wir Gefallen gefunden haben, nicht einfach so weiter betrieben werden kann: Mobilität, Wohnen, Artenschutz und vieles mehr muss hier und heute auf allen staatlichen Ebenen bearbeitet werden, nicht morgen und nicht von irgendwem.

Im vorliegenden Haushaltsentwurf sind hierzu auch Ansätze enthalten, ich nenne zwei Beispiele:

Die Beauftragung des **Mobilitätskonzepts**, von dem wir uns erwarten, dass es nicht nur technische und bauliche Lösungen eines irgendwie fließenden Verkehrs plus einige Radwege als Dreingabe liefert, sondern tatsächlich konzeptionell über den Straßenrand hinausdenkt. Die dafür vorgesehenen 70.000 € im Haushalt 2019 sind sehr gut angelegtes Geld.

Gemeinsam mit den Freien Wählern haben wir im November einen Antrag zur Auflage eines städtischen Förderprogramm („**KomBlü**“) zur vermehrten Anlage von Blühstreifen auf Ackerflächen der Brettener Gemarkungen gestellt, dem der Gemeinderat auch gefolgt ist. Ziel des Programms ist es, in der ackerbaudominierten Brettener Feldflur die Nahrungsgrundlagen der Insekten zu erhalten und zu verbreitern. Insbesondere sollen Wild- und Honigbienen begünstigt werden. Von den beantragten 40.000 EUR sind jetzt im Haushalt 20.000 EUR eingestellt – das reicht im Jahr 2019, weil die Winteraussaat ja schon erfolgt ist. Ab 2020 sollten es dann wirklich die 40.000 EUR sein!

Kitas

900.000 € mehr als bisher sind uns die Betriebskostenzuschüsse an die Kitaträger wert. Laut Beschluss des Gemeinderats aus 2002 haben wir eine Finanzierungsverteilung von 70 % seitens der Stadt und 30 % seitens der Kita-Träger. Es ist nicht auszuschließen, dass sich dieses Verhältnis in den nächsten Jahren zu Ungunsten der Stadt verschlechtern könnte. Natürlich sind 30 % Kostenbeteiligung der Träger nicht zu verachten. Allerdings sollte die Stadt künftig sehr genau überlegen, ob sie bei diesem Finanzierungsanteil nicht doch stärker selbst in die Verantwortung gehen will. Immerhin hat ein Träger die Gesamtverantwortung für seine Kindertagesstätte: Er ist für den baulichen Unterhalt, den Betrieb und die Betriebskosten sowie für Personal und Ausstattung der Räume verantwortlich, stellt Personal ein und fungiert als Arbeitgeber. Vor allem aber entwickeln die Träger das pädagogische Konzept und verantworten die praktische Erziehungs- und Bildungsarbeit. Man kann das alles als Belastung sehen, die für einen städtischen Kostenanteil von 70 Prozent an freie Träger übertragen wird. Man kann diese Gesamtverantwortung aber auch als Gestaltungsmöglichkeit sehen, die man als Kommune selbst in die Hand bekommt. Wir GRÜNE können an kommunalen Kindergärten durchaus Vorteile erkennen.

In dieser Situation kommt jetzt landesweit die Debatte zur Gebührenbefreiung in Kitas hinzu. Wir GRÜNEN sind der Meinung, Bildung und Betreuung sollte natürlich gerne gebührenfrei sein. Aber können die Kommunen dies tatsächlich leisten? Auch ein „Gute-Kita-Gesetz“, das in den nächsten Monaten ausgestaltet wird, wird uns vermutlich nicht die dafür notwendigen Euro geben. Wir plädieren daher im Grundsatz für sozial gestaffelte Kitagebühren. Das Problem bei diesem Ansatz ist, dass die dafür notwendige Bürokratie wohl nur von größeren Städten geleistet werden kann. Wir würden deshalb den Weg mitgehen, das letzte Kindergartenjahr von Beiträgen freizustellen. Berechnungen hierzu müsste die Verwaltung jetzt anstellen, damit wir für 2020 neu entscheiden können.

Zur Kindergartenfrage in Ruit ist unsere Meinungsbildung noch nicht abgeschlossen. Wir sehen neben dem Neubau an der Schule und der Generalsanierung des bestehenden Kindergartens noch eine dritte Variante, die wir gerne untersucht haben wollen: Komplettabriss des bestehenden Kindergartens ab Oberkante des Gemeindesaals, völliger Neubau und Kauf eines weiteren Nachbargrundstücks für eine angemessene Außenfläche.

Kultur

Für kulturelle Angelegenheiten ist im Haushalt 2019 einiges enthalten: Platzgestaltungen in Ruit und Neibsheim, eine mobile Bühne in Bauerbach, eine Lautsprecheranlage für Veranstaltungen in Diedelsheim und vieles mehr. Jede Maßnahme mag für sich gesehen klein sein, aber alle Maßnahmen zusammen machen, gemeinsam mit den Aufwendungen für die Volkshochschule, für die Vereinsförderung, für die Museen oder auch für die Gestaltung der Altstadt die Seele einer Gemeinde aus. Wer in einer Stadt nicht nur wohnen, sondern auch in ihr leben will, braucht eine kulturelle Rahmung.

Und so sehen wir auch die Funktion einer künftigen Mediathek im Verbund mit einem Kultursaal auf dem zweiten Bauabschnitt des Sporgassenareals. Im Zuge der Diskussionen um die Bebauung des Sporgassenparkplatzes haben wir uns von Beginn an für diese Lösung ausgesprochen. Es ist aus unserer Sicht widersinnig, Kultur und sozialen Wohnungsbau in

einen Gegensatz zu stellen, wie es kürzlich in der BNN zu lesen war. „Der Mensch lebt bekanntlich nicht vom Brot allein.“ Eine Mediathek soll und kann, wenn die Angebote entsprechend gestaltet werden, zu einem wichtigen Begegnungsort aller Brettener werden. Gleiches gilt für den Kultursaal. Und wir sind uns aufgrund des Zuspruchs zu den kulturellen Angeboten in den letzten Jahren sehr sicher, dass unser Amt für Bildung und Kultur diese beiden neuen Einrichtungen zu einem neuen Identifikationspunkt für unsere Bürgerinnen und Bürger machen wird.

Wohnen und Bauen

Sozialer Wohnungsbau ist uns wichtig. Dies haben wir mit unserem Antrag für ein kommunales Förderprogramm deutlich gemacht. Im Haushalt 2019 sind hierfür 100.000 € bereitgestellt, weitere 300.000 jeweils für die Jahre 2020-2022. Für uns ist das ein großer Erfolg und wir danken an dieser Stelle nochmals unseren Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, die unserem Antrag einstimmig gefolgt sind. Die Verwaltung hat aus dem Antrag ein fundiertes Programm gestrickt, nun muss es mit Leben gefüllt werden.

Sozialer Wohnungsbau meint aber mehr als nur erschwinglichen Wohnraum für Menschen und Familien mit geringem Einkommen zu schaffen. Die Lage der dafür vorgesehenen Gebäude darf nicht selbst stigmatisierend wirken. Deshalb haben wir uns auch vehement gegen das Bauvorhaben am Knittlinger Berg in Gölshausen ausgesprochen. Wir werden 2019 und darüber hinaus an sinnvollen Standorten geförderten Wohnungsbau erleben. Wir würden uns freuen, wenn auch in den Stadtteilen davon etwas umgesetzt wird.

In den Baugebieten, die in den nächsten Jahren umgesetzt werden sollen, müssen verdichtete Baukonzepte realisiert werden. Das Einfamilienhaus zum Drumherum laufen wird bei einem wachsenden Teil der Bauwilligen künftig nicht mehr das Ziel aller Wünsche sein.

Mobilität

Im Haushalt 2019 sind viele Planungsraten für neue Radwege enthalten. Das freut uns sehr. Unsere Befürchtungen, dass jeder neue Radweg und jede notwendige Maßnahme im Bereich Verkehr durch das noch nicht vorliegende Mobilitätskonzept eingebremst wird, hat sich damit – bis jetzt – nicht bestätigt.

Maßnahmen, wie Fahrradboxen am Bahnhof und allen wichtigen Stadtbahnhaltestellen – langfristig an jeder Haltestelle - brauchen kein Verkehrskonzept. Dies sind Dinge, die einfach notwendig sind und die sukzessive in den nächsten Jahren in allen Haushalten eingepreist werden müssen. Von den von uns beantragten 30.000 Euro für solche Boxen am Bahnhof haben nun immerhin 15.000 Euro ihren Weg in den Haushalt 2019 gefunden.

Unsere Erwartungen an das Mobilitätskonzept gehen weiter: Wir sehen darin einen ersten Schritt zu einer kommunalen Verkehrswende. Unsere Erwartung als GRÜNE ist ganz klar: Wir wollen Anleitungen, Vorschläge und Anreize auf den Tisch bekommen, wie die 50.000 täglichen Autofahrten unseres hausgemachten Verkehrs in der Kernstadt um mindestens 10.000 verringert werden können – mit intelligenten Angeboten im Radverkehr, bei Bus und Stadtbahn und bei den Fußwegen. Wir werden sicher auch Vorschläge bekommen für ei-

nen stadtverträglichen Straßenverkehr mit weniger Autos auf weniger Fahrbahnflächen. Es gibt inzwischen zahlreiche Praxisbeispiele, wie Fuß- und Radverkehr, ÖPNV-Ausbau, E-Mobilität und Multimodalität ineinandergreifen können.

Klimaschutz

Die vergangenen vier Jahre waren die heißesten weltweit seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. Die Folgen des überwiegend menschengemachten Klimawandels werden immer offensichtlicher. Sie schlagen sich auch im Haushalt unserer Stadt nieder. Acht Millionen kosten uns die Hochwasser- und Starkregen-Schutzmaßnahmen in den nächsten Jahren.

Technische Vorrichtungen sind jedoch Symptomhandlungen. So unverzichtbar sie auch sind, sie setzen nicht an der Ursache an, sondern verhindern nur die Folgen.

Was notwendig ist, um die Erderwärmung mit all ihren Folgen zu begrenzen, weiß man sehr gut, man kann es jeden Tag in der Zeitung oder bei facebook lesen, im Radio oder im Podcast hören: Reduzierung des Verkehrs, eine klimataugliche Landwirtschaft, nachhaltiger Konsum, eine drastische Verringerung des Verbrauchs fossiler Brennstoffe, Eindämmen der Flächenversiegelung, eine globale Handelsordnung, die es Menschen ermöglicht, dort, wo sie ihre Heimat sehen, ihr Auskommen erwirtschaften zu können. Was abstrakt klingt, ist uns sehr nah. Denn wo anders als vor Ort, lokal im Hier und Jetzt sollen die Maßnahmen zum Erreichen dieser Ziele in konkretes Handeln umgesetzt werden?

Abschluss

Wenn wir uns also für ein Mobilitätskonzept einsetzen, für Blühstreifen und Biotopverbundsysteme, für eine Kontrolle von Ausgleichsmaßnahmen, für eine ökologisch ambitionierte Auffassung eines Landschaftsrahmenplans, für Vorgärten, in denen es blüht und summt, für stärker verdichtetes Bauen und wenn wir uns für eine kommunale Kultur für alle Bürger/innen aussprechen, dann sind dies für uns Beiträge zur enkeltauglichen Gestaltung unserer Stadt, die weit über 2019 hinausreichen.

Allen Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats, allen Mitarbeiter/innen der Verwaltung, insbesondere Herrn Pux und seinen Mitarbeiter*innen, vor allem aber auch Bürgermeister Michael Nöltner und OB Martin Wolff danken wir für die gute Zusammenarbeit in den letzten Jahren der nun bald endenden Legislaturperiode. Trotz naturgemäß bestehender inhaltlicher Differenzen haben wir uns als GRÜNE Fraktion in diesem Gremium sehr wohl gefühlt. Wir hoffen sehr, dass es bei diesem sachlichen, fairen und zugewandten Miteinander auch nach der nächsten Wahl bleibt und freuen uns darauf, mit euch und Ihnen auch die nächsten Jahre für Bretten viel GRÜNES bewegen zu können.

Die GRÜNE Fraktion stimmt dem Haushalt und dem Haushalt des Eigenbetriebs Abwasser zu und bedankt sich für die Aufmerksamkeit.